

WIE NATIONALISMUS ZUKUNFT GEFÄHRDET UND WAS WIR DAGEGEN TUN KÖNNEN



Die meisten Menschen würden sagen, dass die Bevölkerung eines Landes und ein als sicher bezeichnetes Lebensmittel – sagen wir mal eine H-Milch – nicht viel gemeinsam haben. Komischer Vergleich? Ja, zugegebenermaßen.

Der zunehmend nationalistische öffentliche Diskurs in Deutschland, in dessen Rahmen jüngst auf oberster politischer Führungsebene von „Problemen im Stadtbild“ gesprochen worden ist, geht aber in eine Richtung, die ebensolche Vergleiche nötig macht. Sie veranschaulichen auf eine einfache Weise, wie sehr ein ethnisch-völkisches Gedankengut auf dem Vormarsch ist.

GEFÄHRLICHE NARRATIVE

Aussagen, die noch vor wenigen Jahren ganz klar dem rechten Lager zugeordnet wurden, werden zunehmend salonfähiger. Immer unverfrorener – und hier kommen wir zum Bild oben links – meinen politische Verantwortungsträger*innen und andere Menschen mit Einfluss

auf die öffentliche Meinung uns einen Trank einflößen zu müssen, der aus einem exklusiven Zusammengehörigkeitsgefühl zusammengebraut ist. Die Werbung auf der Verpackung dieser „Volkmilch“ – ja, da steht „Volkmilch“ und nicht „Vollmilch“ – lautet in etwa: Wenn alles ethnisch homogenisiert ist, dann ist alles gut. Ein Mehr an ethnisch definierter Wir-Gruppe wird mit einem Mehr an Sicherheit gleichgesetzt. „Probleme ist Stadtbild“ – also Menschen mit einer sichtbaren internationalen Geschichte – werden im Gegensatz dazu mit einem Mehr an Unsicherheit verbunden. Dabei spielt bei solchen xenophoben Äußerungen die Tatsache, dass die *Andersgemachten* mit einer sichtbaren internationalen Geschichte in ihrer Mehrheit seit Generationen integraler Teil unseres Landes sind, keine Rolle. Auch wird ihnen durch eine solche Äußerung ihre Heterogenität abgesprochen. Sie werden als Monolith dargestellt, auf den – abgesehen von Ausnahmen – eher defizitär geblickt wird. Kollektiv werden sie oftmals für die kriminellen Taten einzelner Straftäter*innen verantwortlich gemacht. Ihr historischer und aktueller Beitrag zum Vorankommen Deutschlands wird selten gewürdigt.

WIDERSTAND UND RÜCKRUDERMANÖVER

Immerhin regte sich bundesweit Widerstand – glücklicherweise auch und gerade in den Reihen der Mehrheitsgesellschaft, die zumindest in Teilen vielfaltskompetenter als Teile der Politik ist. Letztere wollen

auch im Jahr 2025 (!) scheinbar noch immer nicht erkennen, dass unsere Zukunftsfähigkeit in einer Welt sich ändernder Konstellationen und wachsender Herausforderungen stark davon abhängt, welche Narrative nationaler Zugehörigkeit erzählt werden.

Rückrunder- beziehungsweise Relativierungsversuche nach xenophoben Äußerungen, die aufgrund von öffentlichem Druck regelmäßig erfolgen, ändern an dem besorgniserregenden Trend zunehmend rückwärtsgewandter Vorstellungen von Zugehörigkeit nur bedingt etwas.

GRÜNDE FÜR DEN ERFOLG NATIONALISTISCHER RHETORIK

Aber warum lässt sich mit einer wachsenden nationalistischen Rhetorik zunehmend Politik machen? Oben wurden schon sich ändernde globale Konstellationen und wachsende globale Herausforderungen genannt. Ersteres meint, dass wir als „Westen“* ökonomisch zunehmend Konkurrenz bekommen. Unsere wachstumsgetriebene Ökonomie haben mittlerweile aufsteigende Global Players „mit Erfolg“ kopiert. „Mit Erfolg“ in Anführungszeichen, denn das blinde Kopieren des „westlichen“ Wachstumsmodells mit all den damit potenziell verbundenen sozialen und ökologischen Herausforderungen ist im Sinne einer gerechteren und nachhaltigeren Welt kein Erfolg. Jedes Auto beispielsweise, das wir nicht mehr auf dem Weltmarkt absetzen können, weil aufsteigende Kräfte zunehmend eine eigene Produktion aufgebaut haben, kann erst einmal den Verlust von historisch gewachsenen

Perspektiven bedeuten, an die sich viele Menschen bei uns gewöhnt haben. Je mehr neue Kräfte aufsteigen, desto mehr ist die ökonomische Dimension „unserer Art zu leben“ gefährdet. Dass darauf erst einmal mit Angst und Unsicherheit reagiert wird, ist nachvollziehbar.

Hinzukommt, dass die Folgen des menschengemachten Klimawandels immer sichtbarer werden. Pandemien breiten sich aus und kriegerische Konflikte mehren sich. Vielen haben das Gefühl, dass sie „eh nix“ machen können gegen die mittlerweile oft als „Polykrise“ bezeichneten Herausforderungen. Mögliche Folgen sind Abstumpfung, Einigung und ein wachsender Egoismus – à la „In diesen Zeiten muss jede*r erst einmal selbst schauen, wo sie*er bleibt.“ Auch diese Reflexe sind erst einmal zumindest nachvollziehbar. Das Gefühl, dass unsere Wirkmacht nicht ausreicht, um erwähnten Herausforderungen zu begegnen, kann lähmen.

*„Westen“: Auch wenn wir uns alle etwas unter dem „Westen“ vorstellen können, wird durch den Begriff keine feste Institution bezeichnet. In Abgrenzung zur Himmelsrichtung wird er daher in diesem Kontext in Anführungsstrichen geschrieben.

MIT ANGST POLITIK MACHEN

Verwerflich ist aber die Art und Weise, mit der immer mehr Politiker*innen – selbstredend nicht nur in Deutschland – auf oben erwähnte Entwicklungen und Herausforderungen reagieren. Anstatt den

Bürger*innen die Sorgen und Ängste zu nehmen, werden sie im Gegenteil in wachsendem Maße ausgenutzt. Ein Grund dafür: Die Lösung der angerissenen Herausforderungen ist komplex und nicht von jetzt auf gleich machbar. Das macht sie in den Augen vieler Menschen unattraktiv.

Aber bei entsprechendem politischem Willen ist ein ehrliches und gesamtgesellschaftliches Angehen der Herausforderungen machbar – wenn auch nicht zum Nulltarif. Statt dies anzugehen, scheuen sich nicht wenige Politiker*innen, Maßnahmen zu ergreifen, die sie möglicherweise Wähler*innenstimmen kosten könnten. Mit scheinbar einfachen Lösungen der Probleme gewinnen rechte Parteien weltweit an Gewicht. Viele von ihnen waren aber bisher noch nicht in der Verantwortung, diese propagierten Lösungen auch umzusetzen. An diese (Wahl-) Erfolge versuchen etablierte Parteien zunehmend anzuknüpfen, um nicht noch mehr Wähler*innenstimmen zu verlieren.

KLIENTELPOLITIK HÖHLT DEMOKRATIE AUS

Ohne die Politik vor dem Erstarken rechter Parteien romantisieren zu wollen, gleicht die immer stärker von ethnisch-nationalen Tönen geprägte Politik einer Klientelpolitik für ein ethnisch definiertes Volk. Das geht immer mehr an der Bedeutung dessen vorbei, was unter dem Wort Demokratie zu verstehen ist. Dabei muss festgehalten werden, dass die Idee ethnisch homogener Völker eine Illusion ist.

„Biodeutsche“ gibt es nicht. Wenn in Demokratien unter immer stärkerer Vernachlässigung der demografischen Realität Politik gemacht wird, dann ist das zu Ende gedacht nicht das vielfach propagierte nationale Empowerment – à la „Make Nation XY great again“, sondern eher eine „Rettet-was-zu-retten-ist“-Politik, von der immer kleinere und exklusivere Gruppen profitieren. Auf kurze Sicht kann solch eine Politik zwar tatsächlich Teilen der angesprochenen Klientel zugutekommen. Deswegen funktioniert sie ja auch. Der Preis dafür ist allerdings hoch: Der Wandel globaler Mächtekonstellationen, der übrigens vielfach durch die Auslagerung ganzer Produktionssparten in Länder des sogenannten „Globalen Südens“* mitinitiiert worden ist, geht weiter. Erwähnte globale Herausforderungen bleiben bestehen.

*„Globaler Süden und Norden“ sind Behelfsbegriffe, die die problematischen Begriffe „entwickelte Länder“ sowie „Entwicklungsländer“ ersetzen. Für alle hier erwähnten Begriffe gilt, dass aus ihnen nicht die kolonialhistorische Dimension der Entstehung beider Länderkategorien hervorgeht. Daher sowie zusätzlich in Abgrenzung zu den realen Himmelsrichtungen Norden und Süden werden diese Begriffe im Text in Anführungszeichen geschrieben. Zum Entwicklungsbegriff: Er ist problematisch, da er Wirtschaftswachstum als wichtigsten Faktor für „Entwicklung“ fokussiert. Die mit „Entwicklung“ verbundenen sozialen und ökologischen Kosten werden regelmäßig ausgeblendet.

Je länger also erwähnte problematische Politik auf dem Vormarsch ist, desto mehr verzögern wir ein echtes Angehen der Probleme, die wir

nur global lösen können. Und wenn die eigene Bevölkerung aufgrund der Tatsache, dass sie eine sichtbare internationale Geschichte hat, verstärkt als Problem wahrgenommen wird, dann hat das nicht „nur“ negative Folgen für den innergesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch für den globalen. Denn exklusive Identitätsverständnisse gehen exklusiv gelebter Solidarität voraus. Salopper: Wenn mir eine nicht-*weiße** deutsche Person durch problematische Narrative als fremd erscheint, dann empfinde ich wahrscheinlich auch weniger Empathie für sie als für eine *weiße* Person – egal, mit welchem konkreten Schicksal sie gerade zu kämpfen hat. Und wenn meine Solidarität hierzulande schon an (Hautfarben-) Grenzen stößt, dann ist es selbstredend nicht verwunderlich, dass mir eine nicht-*weiße* Person „am anderen Ende der Welt“ umso gleichgültiger ist. Das ist nicht „nur“ moralisch problematisch. Innergesellschaftlich können wir uns das nicht leisten, wollen wir in einer Welt sich verändernder Konstellationen weiterhin eine Rolle spielen. Ein Land wie Deutschland, dessen wichtigster „Rohstoff“ die Gesamtheit seiner fähigen Hände und Köpfe ist, muss in alle Menschen gleichermaßen investieren, damit sie ihre jeweiligen Potentiale voll entwickeln und für die Gesamtgesellschaft einsetzen können. Wenn aber ein Drittel der Menschen in diesem Land als „Problem“ dargestellt wird, dann wird ein ethnisches Verständnis von nationaler Zugehörigkeit reproduziert, das einem wachsenden Teil der Menschen in diesem Land vor den Kopf stößt. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich immer mehr durch rassifizierende

Fremdzuschreibungen Stigmatisierte in der Folge immer weniger als Bestandteil dieses Landes betrachten. Dadurch gehen Potentiale verloren, die der Gesellschaft als Ganzes zugutekommen könnten.

**weiß*: Hautfarbenkonstrukte gehen auf die Zeit des Kolonialismus zurück und sind auch heute noch wirkmächtig. Pseudobiologische Hierarchisierungen von Menschen dienten der ideologischen Absicherung kolonialer Ausbeutung. Um diesen historischen Hintergrund zu verdeutlichen, wird *weiß* in diesem Kontext klein und kursiv geschrieben. Schwarz wird auch als Adjektiv verbreitet großgeschrieben, da aus einer abwertenden Zuschreibung spätestens seit der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung eine verbreitete Selbstbezeichnung wurde.

DIE GLOBALE DIMENSION PROBLEMATISCHER IDENTITÄTSKONZEPTE

Global gesehen sorgt ein an ethnischen Erwägungen ausgerichtetes Identitätsverständnis ebenfalls für eine zunehmend exklusiv gelebte Solidarität. Ein aktuelles und besonders krasses Beispiel: Der Beschluss der US-Regierung, die Zahl der aufzunehmenden Geflüchteten erheblich zu reduzieren und dabei künftig vor allem Menschengruppen zu bevorzugen, mit denen man*frau sich eher identifiziert – konkret geht es hier um *weiße* Südafrikaner*innen, zeigt, dass es weniger um den Abbau von tatsächlicher Ungleichheit und Diskriminierung, sondern vielmehr um die Perspektivenwahrung von ethnisch definierten Wir-Gruppen geht. Die Gründe, die für einen Großteil von Flucht und Migration auch und besonders aus Staaten des sogenannten „Globalen

Südens“ verantwortlich sind – also eine unfaire, vielfach auf koloniale Zeiten zurückgehende globale Arbeitsteilung und die damit verbundene Klimaungerechtigkeit, werden hingegen immer weniger angegangen. Stattdessen wird zunehmend auf Kosmetik gesetzt, also auf eine immer restriktivere Asyl- und Migrationspolitik sowie auf Remilitarisierung. Dass strukturelle Ungleichheit ein wesentlicher Treiber von Menschenrechtsverletzungen und gewaltsamen Konflikten ist und somit auch die Polykrise befeuert, mit der wir auf kurz oder lang alle konfrontiert sind, wird nicht angemessen berücksichtigt. Durch Geld, Grenzen und Waffen werden wir die Folgen des Klimawandels und sich ausbreitende Pandemien langfristig nicht von uns fernhalten können – genauso wenig wie Menschen, die auf der Suche nach Perspektiven ihre Heimat verlassen.

PERSPEKTIVENANGLEICHUNG

Eine Welt der sich angleichenden Perspektiven ist der einzige langfristige Garant für eine lebenswertere Zukunft für möglichst viele Menschen. Solange die materiellen und immateriellen Privilegien der *einen* auf Kosten anderer Gruppen in der eigenen oder in anderen Gesellschaften realisiert werden, kann sich niemand langfristig sicher fühlen. Die Verletzlichkeit der Marginalisierten bestimmt langfristig auch die Grenzen der Widerstandsfähigkeit derjenigen, die versuchen, sich in einer ethnisch – oder wie auch immer definierten – exklusiven Wir-

Gruppe abzukapseln. Ohne Konzepte, die neu definieren, was ein gutes Leben bedeutet und die sich vom blinden Glauben an reines Wirtschaftswachstum als Gradmesser für Wohlstand verabschieden, werden exklusive Identitätsvorstellungen weiterhin weltweit auf fruchtbaren Boden fallen.

Um abschließend zu den Eingangsgedanken zurückzukehren: Wenn wir demografische Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung sehen, dann können Narrative, die alle Menschen der Gesellschaft mitnehmen, zunehmend zur Normalität werden. Neben der Überwindung des Rassismus gilt es alle weiteren Formen struktureller Diskriminierung zu überwinden. Eine wachsende innergesellschaftliche Gleichheit ist eine notwendige Voraussetzung für eine wachsende globale Gleichheit. Letztere ist eine zentrale Voraussetzung für das ernsthafte Angehen oben geschilderter globaler Herausforderungen. Wenn die dafür notwendige Haltung, die trotz aller bedenklichen Entwicklungen von Teilen der Bevölkerung längst gelebt wird, gesamtgesellschaftlich Schule macht, hätten es Kräfte, die exklusive Identitäten predigen, künftig schwer, den Menschen „ihren“ Trank einzuflößen.

„Volkmilch“ würde so zum Ladenhüter werden.

Serge Palasie, Fachpromotor Entwicklungspolitische Bildungsarbeit Fokus Afrika

serge.palasie@eine-welt-netz-nrw.de | 0211-41749994

Der Autor ist für den Inhalt allein verantwortlich. Bild Seite 1: Serge Palasie

MEHR ZUM THEMA

Die Fachstelle befasst sich neben Themen wie Flucht und Migration, Weltwirtschaft oder Klimaungerechtigkeit mit Rassismus und seinen historischen Wurzeln, die eng mit der transatlantischen Umverteilungsgeschichte seit 1492 verbunden sind. Wenn wir Ungleichheiten in und zwischen Gesellschaften ernsthaft verringern wollen – so wie es auch in Ziel 10 der *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen gefordert wird, müssen alle Formen struktureller Diskriminierung entschieden bekämpft werden. Um Rassismus zu überwinden, brauchen wir unter anderem eine neue Anerkennungs- und Erinnerungskultur, also neue Narrative. Folgender Beitrag befasst sich in diesem Zusammenhang mit dem schwierigen Umgang mit dem deutschen Kolonialismus.



“DER KAISER ROCKT!”? DER DEKOLONISIERUNGSPROZESS UND SEINE HERAUSFORDERUNGEN

https://www.eine-welt-netz-nrw.de/app/uploads/2024/08/der_kaiser_rockt-Erinnerungskultur_dekolonial.pdf

**„WENN DU AUF EINE BESTIMMTE WEISE BEHANDELT WIRST,
WIRST DU ZU EINER BESTIMMTEN PERSON. WENN BESTIMMTE
DINGE FÜR DICH ALS REAL BEZEICHNET WERDEN, DANN SIND
SIE REAL FÜR DICH, EGAL, OB SIE REAL SIND ODER NICHT.“**

(James Baldwin, Schriftsteller und Bürgerrechtsaktivist, 1924-1987)

*Träger der Fachstelle: Eine Welt Netz NRW. Teil des Eine Welt-Promotor*innenprogramms. Mit der Unterstützung von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.*